



043482/EU XXIV.GP  
Eingelangt am 21/12/10

**RAT DER  
EUROPÄISCHEN UNION**



16573/10

PRESSE 307  
PR CO 38

## **MITTEILUNG AN DIE PRESSE**

3048. Tagung des Rates

### **Auswärtige Angelegenheiten**

Brüssel, den 22. November 2010

Präsidentin **Catherine Ashton**  
Hohe Vertreterin der Union für Außen- und  
Sicherheitspolitik

# **P R E S S E**

---

Rue de la Loi 175 B – 1048 BRÜSSEL Tel.: +32 (0)2 281 6319 / 6319 Fax: +32 (0)2 281 8026  
[press.office@consilium.europa.eu](mailto:press.office@consilium.europa.eu) <http://www.consilium.europa.eu/Newsroom>

16573/10

1  
**DE**

## Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

*Die Minister haben beim Mittagessen ausführlich die Lage im **Nahen Osten** erörtert, und zwar insbesondere die Bemühungen, **Israel** und die **Palästinenser** zur Wiederaufnahme der direkten Gespräche über die Lage im Gaza-Streifen zu bewegen. Sie haben sich auch mit den jüngsten Entwicklungen in **Libanon** und **Irak** befasst und Schlussfolgerungen zu beiden Ländern verabschiedet. Die Hohe Vertreterin informierte die Minister über ihre Versuche, mit **Iran** in einen Dialog über die Nuklearfrage einzutreten.*

*Ferner hat der Rat die Lage in **Sudan** vor den Referenden über die Selbstbestimmung Südsudans und zum Status von Abyei erörtert, wobei auch die jüngste Eskalation der Gewalt in Darfur zur Sprache kam. Er hat Schlussfolgerungen über die Rolle der EU bei den Bemühungen um einen friedlichen Übergang verabschiedet. Die EU entsendet derzeit eine Wahlbeobachtungsmission, die die Referenden überwachen soll. Die Hohe Vertreterin hat angekündigt, dass sie eine Task Force für Sudan unter Leitung der EU-Sonderbeauftragten für Sudan, Dame Rosalind Marsden, einrichten wird.*

*Auf Grundlage von Informationen der Hohe Vertreterin hat sich der Rat außerdem mit der Vorbereitung **der bevorstehenden Gipfel der EU mit Afrika, Russland und Indien** und des **OSZE-Gipfels** sowie mit den Beziehungen der EU zu ihren strategischen Partnern befasst.*

*Nach den jüngsten Wahlen in **Birma/Myanmar** und der Freilassung der prodemokratischen Oppositionsführerin **Aung San Suu Kyi** hat der Rat eine Einschätzung der neuen politischen Lage vorgenommen und erörtert, welche Strategie die EU künftig gegen über Birma/Myanmar verfolgen könnte.*

**INHALT<sup>1</sup>**

<b>TEILNEHMER</b> .....	<b>4</b>
-------------------------	----------

**ERÖRTERTE PUNKTE**

NAHER OSTEN .....	6
Nahost-Friedensprozess .....	6
Libanon .....	7
IRAK.....	8
IRAN.....	9
SUDAN.....	9
VORBEREITUNG BEVORSTEHENDER GIPFELTREFFEN UND BEZIEHUNGEN ZU STRATEGISCHEN PARTNERN .....	11
BIRMA/MYANMAR .....	11
SONSTIGES .....	12
Belarus .....	12

**SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE***AUSSENBEZIEHUNGEN*

– Restriktive Maßnahmen gegen Personen mit Verbindungen zu Al-Qaida und den Taliban .....	13
– Assoziationsabkommen EU-Chile – Bulgarien und Rumänien – EU-Erweiterung.....	13

<sup>1</sup>

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch \* gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

**TEILNEHMER****Hohe Vertreterin:**

Catherine Ashton

Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

**Belgien:**

Steven VANACKERE

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und der institutionellen Reformen

**Bulgarien:**

Nickolay MLADENOV

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Tschechische Republik:**

Karl SCHWARZENBERG

Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Dänemark:**

Lene ESPERSEN

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

**Deutschland:**

Werner HOYER

Staatsminister, Auswärtiges Amt

**Estland:**

Urmas PAET

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Irland:**

Micheál MARTIN

Dick ROCHE

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Minister für europäische Angelegenheiten

**Griechenland:**

Dimitrios DROUTSAS

Marilisa XENOGIANNAKOPOULOU

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Stellvertretende Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

**Spanien:**

Trinidad JIMENEZ

Ministerin für auswärtige Angelegenheiten

**Frankreich:**

Michèle ALLIOT-MARIE

Ministre d'État, Ministerin für auswärtige und europäische Angelegenheiten

**Italien:**

Alfredo MANTICA

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

**Zypern:**

Markos KYPRIANOU

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Lettland:**

Girts Valdis KRISTOVSKIS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Litauen:**

Egidijus MEILUNAS

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Luxemburg:**

Jean ASSELBORN

Vizepremierminister, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Einwanderung

**Ungarn:**

János MARTONYI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Malta:**

Tonio BORG

Stellvertretender Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Niederlande:**

Uri ROSENTHAL

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Österreich:**

Michael SPINDELEGGER

Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

**Polen:**

Radoslaw SIKORSKI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Portugal:**

Luis AMADO

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Rumänien:**

Teodor BACONSCHI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Slowenien:**

Samuel ŽBOGAR

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Slowakei:**

Milan JEŽOVICA

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

**Finnland:**

Alexander STUBB

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Schweden:**

Carl BILDT

Minister für auswärtige Angelegenheiten

**Vereinigtes Königreich:**

David LIDINGTON

Staatsminister für Europafragen

---

**Kommission:**

Andris PIEBALGS

Mitglied

## **ERÖRTERTE PUNKTE**

### **NAHER OSTEN**

Die Minister erörterten beim Mittagessen ausführlich die Lage im Nahen Osten, und zwar insbesondere die Bemühungen um eine Wiederaufnahme der direkten Friedensgespräche zwischen Israel und den Palästinensern, sowie die Lage in Libanon.

#### **Nahost-Friedensprozess**

Im Anschluss an den Bericht der Hohen Vertreterin Catherine Ashton über das Gipfeltreffen EU-Vereinigte Staaten führten die Minister einen Gedankenaustausch über die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf den Nahost-Friedensprozess und unterstrichen, dass die EU die Bemühungen der Vereinigten Staaten um eine Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen nach wie vor unterstützt. Sie äußerten sich besorgt darüber, dass es derzeit kaum Fortschritte gibt und fortgesetzt weitere Siedlungen gebaut werden, vor allem in Ostjerusalem. Die Hohe Vertreterin verwies auf die Schlussfolgerungen des Rates vom Dezember 2009 und bekräftigte, dass die Siedlungen gegen das Völkerrecht verstoßen, ein Friedenshindernis darstellen und eine Zweistaatenlösung unmöglich machen könnten. Die EU werde weiter gemeinsam mit dem internationalen Quartett darauf hinwirken, dass die Verhandlungen, sofern sie wieder aufgenommen werden, zu einem guten Ergebnis führen.

Die Minister äußerten zudem ihre anhaltende Sorge über die Lage im Gaza-Streifen; sie forderten, dass die Grenzübergänge nach Gaza geöffnet und vor allem Ausfahren aus Gaza zugelassen werden.

## Libanon

Die Minister erörterten beim Mittagessen die jüngsten Entwicklungen in Libanon, und der Rat verabschiedete die nachstehenden Schlussfolgerungen, in denen er bekräftigt, dass er die Regierung der Nationalen Einheit unter Ministerpräsident Saad Hariri sowie den Sondergerichtshof für Libanon in vollem Umfang unterstützt.

- "1. Der Rat bekräftigt, dass er die Regierung der nationalen Einheit unter Führung von Ministerpräsident Hariri, die nach demokratischen Wahlen gebildet wurde, uneingeschränkt unterstützt. In Sorge über die Lage in Libanon ruft er die Parteien auf, den Dialog im Geiste des Konsenses fortzusetzen und die Rechtsstaatlichkeit zu achten. Der Rat unterstützt die libanesischen Institutionen sowie die vollständige Umsetzung der Vereinbarung von Doha und der Grundsätze, die in der Verfassung Libanons und im Abkommen von Taif niedergelegt sind.
2. Der Rat bekräftigt zudem, dass die Europäische Union den Sondergerichtshof für Libanon in vollem Umfang unterstützt; dieses unabhängige Gericht, das mit der Resolution 1757 des VN-Sicherheitsrates eingesetzt wurde, genügt den höchsten Justizstandards, wie der Generalsekretär der Vereinten Nationen kürzlich in einer Erklärung nachdrücklich hervorgehoben hat. Der Rat ist besorgt über die Einschüchterungen und verurteilt die Versuche, die Arbeit des Gerichtshofs zu behindern.
3. Der Rat ist davon überzeugt, dass sich die Untersuchung der Morde an Rafik Hariri und anderen vor einem internationalen Gerichtshof und der Erhalt der Stabilität in Libanon wechselseitig fördern. Er fordert alle Parteien auf, uneingeschränkt mit dem Gerichtshof zusammenzuarbeiten, um der Straffreiheit ein Ende zu setzen und zur Stabilisierung des Landes beizutragen. Er erinnert an die rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus der Resolution 1757 des VN-Sicherheitsrates ergeben. Der Rat appelliert außerdem an alle Parteien und Akteure im Land und in der Region, sich konstruktiv zu verhalten, nicht auf die Arbeit des Gerichtshofs einzuwirken und seinen Ergebnissen nicht vorzugreifen.
4. Der Rat ist nach wie vor entschlossen, die Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität, Einheit und Stabilität Libanons zu stärken. Er erinnert daran, dass er für eine uneingeschränkte Umsetzung aller einschlägigen Resolutionen des VN-Sicherheitsrates, insbesondere der Resolutionen 1559, 1680, 1701 und 1757 eintritt.
5. Der Rat würdigt die wichtige Rolle der UNIFIL, deren Einsatz an der Seite der libanesischen Streitkräfte nach wie vor von wesentlicher Bedeutung für den Frieden in der Region ist. Er ruft dazu auf, alle Bestimmungen der Resolution 1701 des VN-Sicherheitsrates umzusetzen, die Blaue Linie vollständig zu achten sowie uneingeschränkt mit den Vereinten Nationen und der UNIFIL zusammenzuarbeiten."

## IRAK

Die Minister führten einen kurzen Gedankenaustausch über die politische Lage und die jüngsten Entwicklungen in Irak, und der Rat verabschiedete die folgenden Schlussfolgerungen:

"Die EU begrüßt die am 11. November 2010 erfolgte Einigung über die Ernennung des irakischen Präsidenten, des Premierministers und des Parlamentspräsidenten sowie ihrer Stellvertreter. Diese ermutigenden ersten Schritte hin zur Bildung einer alle Seiten einbeziehenden neuen Regierung in Irak nach den Wahlen vom 7. März sind ein wichtiger Anstoß für die laufende Demokratisierung des Landes.

Die EU betont, dass dringend eine stabile und repräsentative Regierung gebildet werden muss, die sich erneut der Aufgabe der nationalen Aussöhnung zuwenden kann. Eine derartige Regierung ist unerlässlich, um alle auf Irak zukommenden Herausforderungen zu bewältigen, darunter die Eindämmung der anhaltenden Gewalt im Lande, die Erfüllung der Erwartungen aller Iraker – ungeachtet ihres Glaubens und ihrer ethnischen Zugehörigkeit – und die Wahrung, der Schutz und die Förderung der Menschenrechte, einschließlich der Rechte von Personen, die Minderheiten angehören. Die EU ruft alle politischen Kräfte eindringlich auf, durch eine konstruktive Beteiligung an den Verhandlungen eine zügige Regierungsbildung herbeizuführen. Die Europäische Union sieht einer Zusammenarbeit mit der künftigen Regierung, sobald diese im Amt ist, erwartungsvoll entgegen.

Die EU möchte ebenfalls zum Ausdruck bringen, dass sie über die jüngsten Terroranschläge in Irak, bei denen Dutzende unschuldiger Zivilisten getötet und Hunderte verletzt wurden, tief betroffen ist und dass sie diese Gewalt aufs Schärfste verurteilt. Es handelte sich um ganz gezielte Anschläge auf Orte, an denen Zivilisten zusammenkommen, darunter christliche und islamische Kultstätten. Die EU verurteilt jede Anstiftung zu Gewalt und jede Ausübung von Gewalt, einschließlich solcher, die durch religiösen oder ethnischen Hass motiviert ist. Die EU bekundet die Zuversicht, dass das irakische Volk sich auch weiterhin den Bemühungen von Extremisten, ethnisch-konfessionelle Spannungen zu schüren, standhaft widersetzen wird."



**IRAN**

Die Hohe Vertreterin informierte die Minister über ihre Bemühungen, Anfang Dezember ein Treffen mit dem zuständigen iranischen Unterhändler Dr. Saeed Jalili zu organisieren, um einen Dialog über die Nuklearfrage in Gang zu setzen.

**SUDAN**

Der Rat erörterte die problematische Lage in Sudan vor den Referenden im Januar über die Selbstbestimmung Südsudans und zum Status von Abyei. Er rief dazu auf, die Verpflichtungen aus dem Umfassenden Friedensabkommen in vollem Umfang zu erfüllen, und betonte, dass in der Phase nach den Referenden die Voraussetzungen für einen friedlichen Übergang geschaffen werden müssten. Die EU entsendet derzeit eine Wahlbeobachtungsmission, die die Referenden überwachen soll, und verfügt bereits über Beobachter vor Ort. Der Rat erklärte zudem, dass er den Friedensprozess in Darfur weiter unterstützt. Die Hohe Vertreterin kündigte an, sie werde eine Task Force für Sudan unter Leitung der EU-Sonderbeauftragten für Sudan, Dame Rosalind Marsden, einrichten. Die Minister erinnerten daran, dass vier EU-Bürger in Darfur entführt worden sind, und die Hohe Vertreterin versicherte, dass alles Erdenkliche getan werde, um ihre Freilassung zu erwirken.

Der Rat verabschiedete die folgenden Schlussfolgerungen:

- "1. Der Rat ist sich unter Hinweis auf seine Schlussfolgerungen vom 26. Juli 2010 und im Einklang mit der Erklärung des Präsidenten des VN-Sicherheitsrates nach dem Ministertreffen vom 16. November 2010 bewusst, welche entscheidende Bedeutung den kommenden Wochen in Sudan vor den Referenden über die Selbstbestimmung Südsudans und zum Status von Abyei zukommt. Er erinnert daran, dass eine vollständige und zeitnahe Umsetzung des Umfassenden Friedensabkommens (CPA) für dauerhaften Frieden und Sicherheit unverzichtbar ist und dass hierfür ein entschlossenes und konzertiertes Vorgehen erforderlich ist. Er bekräftigt erneut, dass er die Mission der Vereinten Nationen in Sudan (UNMIS) bei der Erfüllung ihres Mandats unterstützt.
2. Der Rat würdigt das "High Level Implementation Panel for Sudan" der AU (AUHIP) unter der Leitung von Präsident Mbeki. Er begrüßt die laufende Registrierung und die Fortschritte, die von den Parteien im Hinblick auf den Abschluss eines Rahmenabkommens über noch ausstehende Regelungen betreffend das CPA und die Zeit nach den Referenden erzielt worden sind, und betont, dass in diesem Zusammenhang nachhaltige und zielgerichtete Bemühungen erforderlich sind. Die EU verpflichtet sich, in den bevorstehenden entscheidenden Wochen den Verhandlungsprozess sowie die Bemühungen der AU und der VN intensiv zu unterstützen. Als Zeichen dafür, dass sie die Umsetzung des CPA unterstützt, und um Vertrauen in den Referendumsprozess aufzubauen, entsendet die EU derzeit eine Wahlbeobachtungsmission, die auch den Registrierungszeitraum abdecken wird. Sie wiederholt in diesem Zusammenhang, dass die Referenden friedlich und glaubwürdig sein und ihre Ergebnisse den Willen der Menschen wiedergeben und von allen respektiert werden müssen. Der Rat appelliert an alle Seiten, von einseitigen Aktionen Abstand zu nehmen, und betont, dass beide Seiten die Verpflichtung haben, bei der Umsetzung des CPA zusammenzuarbeiten.

3. Der Rat engagiert sich auch weiterhin für Frieden und Entwicklung in ganz Sudan. Daher wird die EU ungeachtet des Ergebnisses der Referenden ihr Engagement für einen diesbezüglichen Dialog mit allen sudanesischen Akteuren verstärken. Sie ist bereit, in enger Zusammenarbeit mit anderen Partnern weiterhin aktiv dazu beizutragen, dass die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Kapazitätsaufbau in Südsudan und den drei Regionen (Süd-Kurdufan, Blauer Nil, Abyei) gemeistert werden. Der Rat ist sich ferner darin einig, dass die Lage in Ostsudan besonderer Aufmerksamkeit bedarf, und begrüßt in dieser Hinsicht die internationale Geberkonferenz, die am 1./2. Dezember 2010 in Kuwait stattfinden wird.
4. Der Rat ist sich bewusst, welche Bedeutung die Schulden für die wirtschaftliche Entwicklung des Sudans haben. Daher begrüßt er die technischen Vorbereitungen für einen etwaigen Schuldenerlass für Sudan unter Aufsicht der Weltbank, wie in den Round-Table-Gesprächen auf hoher Ebene zu Sudan am 9. Oktober 2010 in Washington vorgeschlagen wurde. Er stellt fest, dass die Erfüllung der Verpflichtungen im Zusammenhang mit dem CPA und Darfur sich positiv auf diesen Prozess auswirken würde.
5. Der Rat erinnert daran, dass in Sudan niemals wirklicher Frieden herrschen kann, wenn für die Lage in Darfur keine nachhaltige Lösung gefunden wird. Deshalb engagiert er sich weiterhin für eine politische Lösung der Probleme in Darfur. Er würdigt die Vermittlungsbemühungen des gemeinsamen Vermittlers der VN/AU, Bassolé, und der Regierung von Katar. Der Rat ruft alle Parteien dazu auf, keine Gewalt anzuwenden, frühere Waffenstillstandsvereinbarungen einzuhalten und dringend und ohne Vorbedingungen eine umfassende und alle Seiten einbeziehende Vereinbarung zu schließen. Eine solche Vereinbarung sollte die Ursachen und Folgen des Konflikts behandeln, die Straffreiheit beenden und den Schutz der Zivilbevölkerung sowie die Förderung der Menschenrechte, des Rechts und der Aussöhnung unter angemessener Beteiligung von Frauen und der Zivilgesellschaft gewährleisten. Der Rat fordert die Regierung Sudans auf, die humanitären Grundsätze, einschließlich des Zugangs für humanitäre Hilfe, ohne Einschränkung zu achten, wenn sie ihre neue Darfur-Strategie umsetzt.
6. Der Rat ist ferner besorgt über die anhaltend schlechte Sicherheitslage in Darfur, ihre Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung und die Mitarbeiter humanitärer Organisationen. Es ist von größter Wichtigkeit, dass die UNAMID bei der Erfüllung der Kernaufgaben des ihr übertragenen Schutzmandats nicht behindert wird, was das Recht, sich frei zu bewegen, einschließt. Die Entführung und Einschüchterung von humanitären Helfern und Angehörigen von Friedenstruppen ist inakzeptabel, und der Rat erwartet von der Regierung Sudans, dass in solchen Fällen die Täter vor Gericht gebracht werden.
7. Der Rat fordert die sudanesischen Behörden auf, die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu achten. Er ist besorgt über die Verhaftung von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern und appelliert an die sudanesischen Regierung, im Einklang mit dem Völkerrecht zu handeln.
8. Der Rat erinnert die Regierung Sudans an ihre Verpflichtung, entsprechend der Resolution 1593 des VN-Sicherheitsrates mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten.
9. Der Rat begrüßt die Absicht der Hohen Vertreterin, unter der Aufsicht der Sonderbeauftragten eine Task Force "Sudan" einzusetzen, und vereinbart, sich auf seiner nächsten Tagung im Dezember 2010 erneut mit Sudan zu befassen."

## **VORBEREITUNG BEVORSTEHENDER GIPFELTREFFEN UND BEZIEHUNGEN ZU STRATEGISCHEN PARTNERN**

Der Rat erörterte die Vorbereitung der bevorstehenden Gipfeltreffen der EU mit Afrika (29./30. November in Tripolis), Russland (7. Dezember in Brüssel) und Indien (10. Dezember in Brüssel) und des OSZE-Gipfels (1./2. Dezember in Astana). In diesem Zusammenhang führte er auch einen Gedankenaustausch über die Beziehungen der EU zu ihren strategischen Partnern, insbesondere zu den Vereinigten Staaten, Russland und China; als Grundlage dienten ihm dabei Informationen der Hohe Vertreterin über den Fortschrittsbericht, der derzeit erstellt wird und im Dezember vorgelegt werden soll.

## **BIRMA/MYANMAR**

Der Rat befasste sich mit der Lage in Birma/Myanmar nach den Wahlen vom 7. November und der Freilassung der prodemokratischen Oppositionsführerin [Aung San Suu Kyi](#) am 13. November. Dabei erörterte er, welche politischen Auswirkungen zu erwarten sind und welche Strategie die EU künftig gegenüber Birma/Myanmar verfolgen könnte, wobei er betonte, dass die Möglichkeiten für ein Engagement sorgfältig geprüft werden müssten; zudem rief er dazu auf, auch alle anderen politischen Gefangenen unverzüglich freizulassen.

**SONSTIGES**

**Belarus**

Der polnische Außenminister berichtete dem Rat von seiner Reise nach Minsk, die er mit dem deutschen Außenminister am 2. November 2010 unternommen hatte. Der litauische Außenminister berichtete vom jüngsten Besuch des litauischen Präsidenten in Belarus.

**SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE****AUSSENBEZIEHUNGEN****Restriktive Maßnahmen gegen Personen mit Verbindungen zu Al-Qaida und den Taliban**

Der Rat billigte die Berufungsklage gegen das Urteil des EU-Gerichts in der Rechtssache T-85/09 (Kadi II). Das Gericht hatte geurteilt, dass die Gerichte der Union die Rechtsakte der Union zur Umsetzung der von den Vereinten Nationen aufgestellten konsolidierten Liste der Personen und Einrichtungen, die wegen ihrer Verbindungen zu Al-Quaida und den Taliban Sanktionen unterliegen, einer umfassenden und strengen Prüfung unterziehen müssen.

**Assoziationsabkommen EU-Chile – Bulgarien und Rumänien – EU-Erweiterung**

Der Rat verabschiedete einen Beschluss über den Abschluss eines Zweiten Zusatzprotokolls zum Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Chile andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union (*Dok. 12550/2/07*).

---